



## „Unsere Schwäche bringt uns um“

### Todesursachen von UN-Blauhelmen und nötige Gegenmaßnahmen

„*Weakness kills our people*“ – so das Fazit des im Januar veröffentlichten Cruz-Reports zu steigenden Todeszahlen in UN-Friedenseinsätzen.<sup>1</sup> In der Vergangenheit gerieten UN-Blauhelme in die Schlagzeilen, weil sie es unterließen, die Zivilbevölkerung vor Gewaltausbrüchen zu schützen. Dass immer mehr UN-Soldaten<sup>2</sup> im Einsatz zu Tode kommen, ist laut Report aber auch eine Folge von Unterlassung: „Todesopfer sind selten ein Ergebnis von Aktionen der Truppen oder des Führungspersonals: meistens werden die UN aufgrund von Untätigkeit angegriffen.“ Deshalb müssten die Einsätze stärker auf ihre Bedrohungen ausgerichtet werden und konsequent gegen Angreifer vorgehen. Dazu bräuchten die Blauhelme bessere Führung, Fähigkeiten und Ausrüstung.

Allein im Jahr 2017 kamen 56 Angehörige von UN-Missionen durch Gewalteinwirkung ums Leben. Zwischen 2013 und 2017 waren es 195, mehr als in jeder 5-Jahres-Periode zuvor. Davon waren 176 Blauhelm-Soldaten – über 90%. Diese Entwicklung analysiert nun ein Report, den eine Expertengruppe im Auftrag des UN-Generalsekretärs unter Leitung von Carlos Alberto dos Santos Cruz verfasst hat. Der pensionierte brasilianische General bringt als ehemaliger UN-Kommandeur der Mission in Haiti und der Interventionsbrigade in der DR Kongo einschlägige Erfahrungen mit.

#### Diagnose: „Kapitel-VI-Syndrom“

Der Cruz-Report belegt – und dies überrascht kaum – dass gewaltsame Todesfälle in UN-Missionen immer dann zunahm, wenn es *no peace to keep* gab und Blauhelme in Konflikte eingreifen sollten, um diese zu befrieden. Immer öfter erhielten sie den ausdrücklichen Auftrag, die Zivilbevölkerung zu schützen. Dabei wurden sie auch autorisiert, robuste militärische Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta anzuwenden. Die „klassischen“ Blauhelmeinsätze nach Kapitel VI der Charta, bei denen die UN lediglich neutrale Beobachter stellt, werden inzwischen kaum noch mandatiert. Seit Beginn der UN-Friedenseinsätze 1948 gab es drei besonders tödliche Phasen, wobei die dritte noch andauert:

- 1960-1962 bei den Einsätzen im Kongo (ONUC) und infolge der Suez-Krise (UNEF I);
- 1992-1996 in Ruanda (UNAMIR), Somalia (UNOSOM II), Kambodscha (UNTAC) sowie Bosnien-Herzegowina und Kroatien (UNPROFOR);
- seit 2011 in Mali (MINUSMA), Zentralafrika (MINUSCA), Darfur (UNAMID), DR Kongo (MONUSCO) und Südsudan (UNMISS).

Aktuell kommen 87 % der getöteten Missionsangehörigen in Afrika ums Leben. Betroffen waren vor allem die afrikanischen Truppensteller: vor allem Tschad und Tansania, gefolgt von Guinea, Niger, Äthiopien, Burkina Faso, Marokko, Ruanda und Senegal. Mit 91 Toten zwischen 2013 und 2017 ist die *Multidimensional Integrated Stabilisation Mission in Mali* (MINUSMA) die mit Abstand opferreichste.

Über 50 % aller Todesopfer forderten Angriffe auf UN-Konvois, Eskorten, Patrouillen und schnelle Einsatzkräfte; ein weiteres Drittel Angriffe auf UN-Lager. Die meisten Missionsangehörigen kamen durch Kleinwaffen (54 %), Sprengfallen und Autobomben (24 %), Panzerfäuste (7 %) und Minen (6 %) zu Tode.

Der blaue Helm und die UN-Flagge alleine bieten laut Cruz-Report keinen ausreichenden Schutz mehr. Er fordert deshalb, dass sich die Vereinten Nationen von ihrem „Kapitel-VI-Syndrom“ befreien und Abschied nehmen von den Ansätzen und Verfahren für Einsätze, in denen es nur geringe Risiken gab. Wenn Gewaltakteure den Respekt vor den Blauhelmen verlieren und straflos bleiben, wirkte dies geradezu wie eine Einladung zu weiteren Angriffen auf Missionen und Zivilbevölkerung.

<sup>1</sup> Improving Security of United Nations Peacekeepers: We need to change the way we are doing business. Report directed by the Secretary-General of the United Nations. 19 December 2017, [https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/improving\\_security\\_of\\_united\\_nations\\_peacekeepers\\_report.pdf](https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/improving_security_of_united_nations_peacekeepers_report.pdf).

<sup>2</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

## Therapie: Dem Risiko entgegentreten

Um weitere Todesopfer zu vermeiden, dringt der Cruz-Report, grundsätzlich anders an risikoreiche Friedenseinsätze heranzugehen. Dazu identifiziert er vier Handlungsfelder und gibt Empfehlungen, was dort umzusetzen wäre:

**1. Mentalität** | Schlüssel für eine Trendumkehr sei es, die bisher vorherrschende defensive Haltung von Blauhelmen in eine selbstbewusste, proaktive Haltung zu transformieren, die auch den Einsatz massiver Gewalt gegen Angreifer vorsieht: „Wenn solche Konfrontationen von den UN nicht gewonnen werden, stirbt ihr Personal.“ Dazu muss das Risikobewusstsein im UN-Sekretariat, bei den Truppenstellern und in den Einsätzen – von der Führungsebene bis hin zu allen Missionsangehörigen – gestärkt werden. Auch die UN-Prinzipien des Peacekeeping seien an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Im Einsatz sei es zentral, dass die UN-Standorte Sicherheit „ausstrahlen“. Statt sich in ihren Stützpunkten einzubunkern, müssen Blauhelme ihr Umfeld konsequent „dominieren“ und feindliche Akteure abwehren – auch durch Präventivschläge. Die Bewegungsfreiheit von Gewalttätern und Gruppen, die das UN-Personal und die Zivilbevölkerung bedrohen, ist konsequent einzuschränken. Gewaltakteure sind festzunehmen, ihre Einrichtungen unbrauchbar zu machen. Gleichzeitig müssten die Missionen den laxen Umgang mit Sicherheitsmaßnahmen abstellen.

**2. Fähigkeiten** | Viele Blauhelme seien nur ungenügend auf den Einsatz vorbereitet. Oft fehle es an der Schießausbildung oder der Fähigkeit zur Absicherung von Konvois, aber auch an gepanzerten Fahrzeugen. Wo verschiedene Truppensteller zu einem Einsatz beitragen, erschweren Einsatzvorbehalte ein wirksames gemeinsames Vorgehen. Viel zu oft auch würden sicherheitsrelevante Erkenntnisse nicht geteilt. Die UN setze bei der Informationsgewinnung zu sehr auf technische Lösungen, anstatt menschliche Kontakte zu entwickeln. Insgesamt ist es wichtig, die zivil-militärische Kooperation zu stärken.

**3. Bedrohungsorientierung** | Gegenwärtig verwenden UN-Einsätze zu viele ihrer Energien darauf, entlegene Feldbüros zu unterhalten, die potentiellen Angreifern ein einfaches Ziel bieten. In einzelnen Missionen sind 90 % der militärischen Ressourcen durch die Begleitung von Konvois und den Selbstschutz gebunden. Dadurch seien sie kaum in der Lage, die Bedrohungen an der Wurzel zu packen. Die Feldpräsenzen sollten deshalb auf das unbedingt Notwendige konzentriert werden.

**4. Rechenschaft** | Um den gestiegenen Todeszahlen im Einsatz entgegenzuwirken, brauche es Führungspersonal, das durch Beispiel führt, präventiv handelt, Initiative, Mut und Entschlossenheit zeigt. Umgekehrt müsse Initiative- und Tatenlosigkeit zur Rechenschaft gezogen werden – angefangen in New York bis in die Missionen hinein. Die UN solle auch jene Kontingente von Truppenstellern zurückweisen, die nicht fit für den Einsatz sind, und keine Einsatzvorbehalte akzeptieren, da dies die Integration und den gegenseitigen Schutz erschwere.

## Fazit: Einsätze anpassen – oder lassen

Die mitunter drastischen Aussagen des Cruz-Reports unterscheiden sich deutlich von den eher diplomatisch gehaltenen offiziellen UN-Dokumenten. So heißt es unter anderem: „Leider verstehen feindliche Kräfte keine andere Sprache als die der Stärke. Um Angreifer abzuschrecken und abzuwehren, müssen die UN stark sein und bereit, Gewalt anzuwenden, wenn dies notwendig ist.“ Die militärischen Experten fordern aber auch die aktive Suche der UN nach politische Lösungen, um Opfer unter den Blauhelmen zu vermeiden – doch ihre Hauptthemen sind Führung, Fähigkeiten und Ausrüstung von UN-Missionen in gefährlichen Einsätzen.

Eine Schlussfolgerung unterlässt der Report: Versagen die Blauhelme beim Selbstschutz, so tun sie das auch beim Schutz der Zivilbevölkerung. Es bliebe dann nur die ehrliche Konsequenz, Einsätze mit solchen Aufträgen zu unterlassen. Aus verschiedenen Gründen werden die UN-Mitgliedstaaten und der Sicherheitsrat aber daran festhalten wollen. Dann müssen sie auch der außerordentlichen Verantwortung für das UN-Personal im Einsatz gerecht werden.